

Straftaten bei Mai-Krawallen entschlossen nachgehen-Gewalt gegen Polizisten stoppen!

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich fühle mich ein bisschen an die Debatte erinnert, die wir hier vor gut einem Monat auch zum Thema Rechtsextremismus geführt haben. Wir waren uns alle einig, dass wir Rechtsextremismus ablehnen. Wir von CDU und FDP haben uns auch dazu geäußert, dass wir genauso den Linksextremismus ins Visier nehmen müssen.

Wenn man sich die Debatte von vor vier Wochen einmal anschaut und die heutige Debatte noch einmal Revue passieren lässt, dann, meine ich, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten müssen Sie sich einige wesentliche Fragen gefallen lassen.

Die erste Frage, die Herr Kollege Kuschke schon halb angedeutet hat, lautet: Warum eigentlich immer wieder Dortmund? Dortmund, die Stadt, die seit Jahrzehnten von der SPD regiert wird, einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister, einen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und eine rot-grüne Ratsmehrheit hat. Und dann stellen Sie sich heute hierhin und sagen: Ich verstehe nicht, warum immer Dortmund. Fragen Sie doch einmal Ihre Kolleginnen und Kollegen in Dortmund! Sozialarbeit ist kommunale Arbeit, meine Damen und Herren. Wir können vom Land natürlich Rahmenbedingungen vorgeben, aber arbeiten müssen Sie in Dortmund schon selbst.

Zum zweiten Punkt, den zwei meiner Vorredner auch schon angedeutet haben: Hier wird einfach behauptet, wir hätten Stellen bei der Polizei gestrichen. Tatsache ist, dass Sie die kw-Stellen ausgebracht haben, wir aber die Polizeistellen erhalten haben, meine Damen und Herren. Auch da argumentieren Sie wieder einmal sehr unsauber.

Dann haben Sie eben Handlungskonzepte gegen Extremismus gefordert. Im Bundestag haben Sie einen FDP-Antrag abgelehnt zu einem Programm für Aussteiger aus der rechten Szene. Wir wollten im Bundestag, dass man dafür Mittel bereitstellt, sich dieses Themas annimmt und versucht, diese Szene auszutrocknen. Und was ist? Die Sozialdemokraten im Bundestag stimmen dagegen. Ist das eine konsequente Politik? Sie sollten sich einmal fragen, wie Sie draußen auf die Wähler wirken, wenn Sie hier heute ein Handlungskonzept fordern, es in Berlin aber ablehnen. Das ist nicht solide. Und wenn Sie zum Landtag fahren, sehen Sie ein großes Plakat. Ich meine jetzt nicht das Plakat, das Sie auf uns beziehen, sondern das, auf dem steht: „PDS nur heiße Luft“.

Meine Damen und Herren, die PDS hat in Berlin zu sozialen Unruhen aufgerufen, in der PDS sind Extremisten, die PDS wird vom Verfassungsschutz beobachtet, und Sie verniedlichen das, sprechen von „heiße Luft“ und distanzieren sich bis heute immer noch nicht davon, mit diesen Extremisten eine Koalition gegebenenfalls in Nordrhein-Westfalen zu versuchen.

Wenn ich mit diesen Extremisten gegebenenfalls regieren will und wenn ich eine Partei hoffähig mache, die zu sozialen Unruhen aufruft, dann muss ich mich nicht wundern, wenn Menschen auch zu Steinen greifen, weil ich damit die Hemmschwelle absenke.

Ich bin der Ansicht, wir müssen als Demokraten in jeder Lage zu jedem, der zu Unruhen aufruft, Nein sagen und dürfen mit diesen Menschen niemals zusammenarbeiten und niemals paktieren, egal auf welcher Ebene.

Insofern würde ich mich doch sehr freuen, wenn Sie bei sich zu Hause einmal Ihre Hausaufgaben machen würden. Ich finde die Vorgänge in Dortmund sehr schlimm.

Ich bin froh, dass die Polizei eingreifen konnte. Hierzu haben die Vorredner schon alles gesagt. – Herzlichen Dank.